

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Eisenbahninfrastruktur in der Grenzregion verbessern – Initiative für die Umsetzung der Machbarkeitsstudie für die Anbindung an Luxemburg ergreifen

Der Landtag wolle beschließen:

Das Großherzogtum Luxemburg ist das ökonomische Kraftzentrum der Großregion. Nicht zuletzt der Arbeitsmarkt unseres Nachbarlandes ist auch für viele Saarländerinnen und Saarländer hoch attraktiv. Der Wohlstand unserer Grenzregion auf allen Seiten profitiert von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung unseres luxemburgischen Nachbarn und am Funktionieren des grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts.

Gerade die Grenzgemeinden im Landkreis Merzig-Wadern erfahren aufgrund dieser Entwicklung eine positive demographische Entwicklung, die mancherorts zu erheblichem Mangel an bezahlbarem Wohnraum geführt hat. Von den positiven Aspekten der demographischen Gewinne könnten bei einer besseren Verkehrsanbindung auf der Schiene auch weitere Teile des Saarlandes erheblich profitieren. Für große Teile des Landes könnte eine schnelle und verlässliche Anbindung ohne Staugefahr an das Großherzogtum einen ökonomischen und demographischen Quantensprung bedeuten. Die Zugverbindung nach Luxemburg muss eines der zentralen Infrastrukturprojekte sein, denen sich das Saarland in diesem Jahrzehnt widmen muss.

Der Saarländische Landtag begrüßt daher, dass es in der vergangenen Legislaturperiode gelungen ist, für Planungsvorhaben zur Verbesserung grenzüberschreitender Bahnverbindungen insgesamt 3,5 Millionen Euro in den Bundeshaushalt einzustellen. Diese Mittel dienen ausdrücklich der Finanzierung von „Machbarkeitsstudien für grenzüberschreitende Mobilität zur Umsetzung des Aachener Vertrags“. Das Land Baden-Württemberg profitiert davon bereits, indem dort von unterschiedlichen Stellen Haushaltsmittel zur Erstellung von Machbarkeitsstudien zur Verwirklichung der Reaktivierung der Verbindung Rastatt-Hagenau sowie Freiburg-Colmar beantragt und genehmigt wurden.

Ausgegeben: 06.10.2022

Ausweislich der Stellungnahme des parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesverkehrsministerium Oliver Luksic besitzt auch das Saarland ein Initiativrecht zur Beantragung einer solchen Machbarkeitsstudie für die Verbindung nach Luxemburg. Dazu muss nun die saarländische Landesregierung die Initiative ergreifen und das Projekt gemeinsam mit Luxemburger Partnern auf den Weg bringen.

Der Landtag des Saarlandes fordert daher die saarländische Landeregierung auf,

- zur Verwirklichung einer direkten Bahnverbindung aus dem Saarland nach Luxemburg gegenüber dem Bundesverkehrsministerium die Initiative zu ergreifen, damit dieses die Erstellung einer Machbarkeitsstudie für dieses für das Saarland bedeutende Infrastrukturprojekt aus dem Bundeshaushalt finanziert.